



Plenartagung 14.-17. Juni

Focus

Im Plenum geht es in dieser Woche u.a. um das Scheidungsrecht bei internationalen Ehen, die Kennzeichnung von Lebensmitteln das Recht auf die Verwendung von Fremdsprachen in Gerichtsverfahren, Arbeitszeiten von selbständigen Fernfahrern und die Regulierung von spekulativen Finanzderivaten.

Diese Dossier wird im Verlauf der Plenartagung erweitert und aktualisiert.
Der erste Abschnitt enthält eine Übersicht über die wichtigsten Themen der Plenarwoche.

Themen im Überblick

Arbeitszeiten selbständiger Fernfahrer

Für selbständige Bus- und Fernfahrer müssen die gleichen Regeln gelten wie für Angestellte eines Unternehmens, fordert der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Die Abgeordneten haben somit den ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission abgelehnt. Sie argumentieren, dass die Gleichbehandlung aus Gründen der Gesundheit und Sicherheit sowie zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs nötig ist.

Klarere Lebensmittelkennzeichnung

Vor dem Hintergrund zunehmender Gesundheitsprobleme wie Fettleibigkeit und Diabetes in Europa wird das Europäische Parlament über erhebliche Veränderungen der Lebensmittelkennzeichnungsvorschriften abstimmen, so dass Verbraucher eine gut überlegte Wahl treffen können. Eine Informationsüberflutung der Verbraucher sowie die übermäßige Belastung der Lebensmittelindustrie, vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) soll jedoch verhindert werden, argumentieren die Abgeordneten.

Abgeordnete diskutieren Angriff auf Gaza-Konvoi mit Catherine Ashton

Das EP wird am Mittwoch über Israels Tzahal-Militäraktion gegen die Hilfsflotte für den Gaza-Streifen debattieren. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, wird eine Erklärung abgeben.

Übersetzungsrechte in Strafverfahren gefordert

Das Parlament wird in Straßburg über ein neues Gesetz abstimmen, dass EU-Bürgern während eines Strafprozesses in einem anderen Mitgliedstaat Zugang zu einem Übersetzer und Dolmetscher garantieren soll. Bei Annahme des neuen Gesetzes wird ein zur Zeit in Portugal verhafteter britischer Fußballfan nun das Recht auf Übersetzung während des Polizeiverhörs, der Gerichtsverhandlung und bei Gesprächen mit seinem Anwalt erhalten.

14 EU-Mitgliedstaaten wollen internationale Scheidungen erleichtern

Das Europäische Parlament wird darüber entscheiden, ob 14 Mitgliedstaaten erstmals in der Geschichte der EU eine sog "verstärkte Zusammenarbeit" anwenden dürfen. Die betreffenden Mitgliedstaaten könnten es binationalen Paaren dann erlauben, sich das nationale Scheidungsrecht für ihre Trennung auszuwählen.

Finanzderivate Transparenz und strengere Regeln gefordert

Es bedürfe nicht nur der Transparenz, sondern auch strengerer Regeln im Derivat Handel, finden Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses. Der Handel mit Derivaten soll nun auf europäischem Niveau überprüft werden, nachdem er sich im Mittelpunkt der griechischen Schuldenkrise befand. Das Parlament wird über eine Resolution abstimmen, die eine signifikante Reduzierung des Spekulationsgeschäfts fordert.

Neue EU-Satelliten sollen bei Naturkatastrophen helfen

Erdbeben, Überschwemmungen, Ölteppiche und andere große Katastrophen sollen künftig schneller und besser bewältigt werden. Bis 2014 soll ein neuer Erdbeobachtungssatellit in der EU entwickelt werden. Das Parlament soll kommende Woche grünes Licht für die ersten operativen Schritten (2011-13) des Satelliten geben und 107Million € bewilligen, um die volle Funktionsfähigkeit des System zu gewährleisten.

Neue Impulse für Millenniums-Entwicklungsziele

Innovative Finanzierungsmechanismen für die Entwicklung, wie beispielsweise eine Steuer für Finanztransaktionen, müssen von der EU, als weltweit führender Geber, unterstützt werden, um die Ziele der Millenniums-Entwicklung (MDG) bis 2015 umzusetzen. Über einen entsprechenden Entschließungsentwurf wird Dienstag im Plenum abgestimmt.

EU2020-Strategie und Ordnungspolitik für Europa

Am Dienstag werden die Abgeordneten voraussichtlich eine Entschließung zur Ordnungspolitik in der EU annehmen, welche die wichtigsten Argumente im Hinblick auf wirtschaftliche Entscheidungsprozesse wiedergibt. Das Parlament wird sich damit in den kommenden Monaten auseinandersetzen, da sich die Arbeit, diese Prozesse zu reformieren, beschleunigt.

Handelsverbot für Folterwerkzeugen durchsetzen

Seit 2006 wird der Handel der EU mit Gütern kontrolliert, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten. Dazu gehören etwa mit Dornen besetzte Schlagstöcke, Daumenfesseln und am Körper getragene Elektroschockgürtel. In der mündlichen Anfrage äußern die Abgeordneten ihre "ernste Besorgnis, dass die Verordnung nicht vorbildlich umgesetzt worden ist".

Kontrolle von Rating-Agenturen und der Statistiken öffentlicher Haushalte

Das Parlament wird mit der Kommission darüber diskutieren, wie Kreditrating-Agenturen (KRA) Risiken unterschätzen und die Krise in Griechenland sogar verschlimmert haben. Über die Probleme von Daten zum öffentlichen Defizit, die von Mitgliedstaaten vorgelegt wurden, wird anschließend getrennt im Plenum diskutiert. Die Kommission ist ferner aufgefordert, ihre Pläne und Ansichten in dieser Angelegenheit sowie über die Erteilung weiterer Untersuchungsbefugnisse für Eurostat zu äußern.

EU-Russland-Partnerschaft

Kommende Woche wird das EP über die Ergebnisse des 25. EU-Russland-Gipfels sowie die dort vereinbarte "Partnerschaft für Modernisierung" debattieren. Die Abgeordneten werden zudem in einer Resolution dazu Stellung nehmen. Mit der "Partnerschaft für Modernisierung" soll ein flexibler Rahmen geschaffen werden, um Reformen voranzutreiben sowie die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen.

Ostseeregion: Mit "BONUS"-Strategie den Klimawandel bekämpfen

Um die negativen Folgen von Verschmutzung, Klimawandel, Versäuerung, Überfischung und dem Verlust an biologischer Vielfalt zu bekämpfen, plant die EU, ein gemeinsames Forschungs- und Entwicklungsprogramm für die Ostseeregion - BONUS (Joint Baltic Sea Research and Development programme) - aufzulegen, an dem sich alle acht Ostseeanrainer beteiligen: Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Litauen, Lettland, Polen sowie Schweden.

Berichterstatter: Derivate sollen Risiken streuen, nicht konzentrieren

Der amerikanische Milliardär und Großinvestor Warren Buffet bezeichnete Finanzderivate bereits lange vor der aktuellen Krise als "finanzielle Massenvernichtungswaffen", da sie zur Konzentration enormer Risiken in den Händen einiger weniger Derivathändler geführt hätten. Gleichwohl halten viele Experten Derivate grundsätzlich für notwendig und für volkswirtschaftlich sinnvoll. Es komme auf klare Regeln und Transparenz an, meint Parlamentsberichterstatter Werner Langen.

Wie Derivate funktionieren: Derivate sind Finanzinstrumente, deren Wert sich vom Preis eines Referenzproduktes oder eines Wertpapiers oder anderer Referenzgrößen, etwa einem Zinssatz oder einem Aktienindex, ableitet (lat. *derivare* = ableiten).

Im Kern ist ein Derivat ein Vertrag, der von der Idee her dazu dient, den Einfluss von Preis- und anderen Marktentwicklungen auf die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens zu begrenzen, bzw. die Planung zu erleichtern und Risiken zu begrenzen.

Beispielsweise kann sich eine Firma gegen Devisenkurs-Schwankungen oder die Preisentwicklung von Rohstoffen absichern, in dem sie sich per Derivat das Recht erkaufte, die Devisen oder den Rohstoff zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft zu einem zuvor festgelegten Preis zu erwerben (oder umgekehrt: zu verkaufen).

So kann eine Firma, die ihre Einnahmen hauptsächlich in Euro erzielt, aber ihre Ausgaben zu einem bedeutenden Teil in Dollar tätigt, sich das Recht erkaufen, einen bestimmten Euro-Betrag zu einem bestimmten Termin zu einem festgelegten Kurs in Dollar zu tauschen. Handelt es sich dabei nicht um eine Verpflichtung, die Dollar zum entsprechenden Kurs zu kaufen, sondern nur um eine Möglichkeit, so spricht man entsprechend von *Optionen*. In jedem Fall zahlt die Firma der das Kursrisiko tragenden Gegenseite eine Gebühr.

Futures, Forwards, Swaps...

Ein weiteres Beispiel: Firma X kauft per Derivat einen von ihr benötigten Rohstoff (z.B. Öl) in einer festgelegten Menge zur Lieferung in sechs Monaten zu einem festgelegten Preis ein. Der Preis wird bei Vertragsabschluss festgelegt und richtet sich nicht nach dem nach sechs Monaten geltenden Tagespreis richtet. In diesem Fall spricht man auch von *Termingeschäften* und wenn diese an den Börsen gehandelt werden von *Futures*. Außerbörslich (englisch: *over the counter* OTC) gehandelte Termingeschäfte werden als *Forwards* bezeichnet.

Eine weitere Art von Derivaten sind die *Swaps*, bei denen ein Tauschgeschäft in der Zukunft vereinbart wird.

Im Kern geht es auch hier um den Handel mit bzw. die Absicherung gegen (finanzielle) Risiken, die die eine Seite für die andere Seite übernimmt – beispielsweise das Risiko sich verändernder Kreditzinsen oder das Risiko, dass ein Kreditnehmer zahlungsunfähig wird (*Credit Default Swap*, CDS oder Kreditausfall-Swap).

EU-Parlamentsberichterstatter "Derivate nützlich zur Risikostreuung"

Werner Langen, Vorsitzender der deutschen Christdemokraten im Europaparlament, zeichnet für einen Bericht verantwortlich, den er am Montagabend im Plenum vorstellt.

Gegenüber der Europarl-Website betont Langen, dass Finanzderivate "in einer Volkswirtschaft zunächst eine weitgehend nützliche Rolle zur Risikostreuung haben". Allerdings habe mangelnde Transparenz mancher Derivate zu einer "verstärkenden Rolle in der Finanzmarktkrise geführt".

Dies rührt daher, dass ein großer Teil der Derivate zwischen zwei Parteien (außerbörslich) abgeschlossen werden und sowohl Aufsichtsbehörden als auch andere Marktteilnehmer keine konkreten Kenntnisse der Abmachungen haben.

Es lägen heute "kaum verlässliche Daten über die Art und Höhe sowie Risiken" der außerbörslichen Derivatgeschäft vor, so Langen. Er erwartet, dass künftig Transaktionsregister und Meldestandards mehr Transparenz schaffen und den Regulierungsbehörden notwendige Informationen über die Transaktionen verschaffen.

Spekulation und Kreditausfall-Swaps (CDS)

Um zu ermöglichen, dass Unternehmen Derivate "weiterhin sinnvoll zur Absicherung von Risiken aus ihrer realen Geschäftstätigkeit nutzen können", müssten sinnvolle und rein spekulative Derivate deutlicher voneinander unterschieden werden, so der CDU-Parlamentarier.

Besonders bedeutsam ist die Unterscheidung von spekulativen Derivaten von solchen, die zur echten Risikobegrenzung genutzt werden. bei den Kreditausfall-Swaps (CDS).

Wenn der das Risiko tragende Käufer solcher CDS nicht auch der vom potenziellen Kreditausfall betroffen ist, handelt es sich im Kern um eine Spekulation auf den Konkurs eines Unternehmens oder (falls sich der CDS auf Staatsanleihen bezieht) eines Staates. Der Käufer solcher "nackter CDS" hat *de facto* ein wirtschaftliches Interesse am Konkurs des Kreditnehmers.

Langen unterstreicht, dass sein Bericht ausdrücklich fordert "CDS einem unabhängigen zentralen Clearing zu unterwerfen und einzelne Derivat-Typen mit sich kumulierenden Risiken gegebenenfalls nur unter Auflagen zuzulassen oder im Einzelfall sogar zu verbieten".

Konkret würde dies bedeuten, dass Kreditausfall-Swaps nicht mehr allein bilateral zwischen Käufer und Verkäufer ausgehandelt und abgeschlossen werden dürften, sondern durch eine zentrale Clearing-Stelle genehmigt und abgewickelt würden.

"Finanzmarkt der EU nicht international isolieren"

Den zuweilen geäußerten Einwand, eine Regulierung durch die EU würde zur massiven Abwanderung von Finanzdienstleistern führen, hält Werner Langen nicht für gerechtfertigt.

"Auch die USA und anderen G20-Staaten haben sich eindeutig für eine bessere Regulierung dieses Marktes ausgesprochen und entsprechende Gesetzesinitiativen sind in Beratung", betont Langen.

Er erwarte in der Frage der internationalen über-europäischen Abwicklung von Derivatgeschäften von der Kommission eine "weitsichtige Lösung, die es ermöglicht den EU-Finanzmarkt gut zu kontrollieren und für mehr Sicherheit zu sorgen und gleichzeitig den EU-Handel mit Derivatprodukten nicht international zu isolieren."

Lebensmittelkennzeichnung auf dem Prüfstand

Welche Informationen sollen auf Lebensmittelverpackungen angegeben werden? Und in welcher Form? Am Dienstagmorgen diskutieren die Europa-Abgeordneten in Straßburg über den Vorschlag der Kommission für eine EU-weite, verpflichtende Lebensmittelkennzeichnung. Berichterstatterin Renate Sommer (CDU) zeigt sich im Vorfeld kritisch: Sie ist besorgt, dass Verpackungen unnötig groß werden und glaubt, dass es sich die Kommission „zu einfach gemacht habe“.

Der Verordnungsentwurf der Kommission sieht u. a. umfangreiche Angaben zum Nährwert vor (wie etwa Fett-, Zucker und Salzgehalt). Die entsprechenden Angaben sollten sich im „Hauptblickfeld“ der Verpackung befinden und eine Mindestschriftgröße von 3 Millimetern aufweisen.

Mehrere bestehende Richtlinien und eine Verordnung würden durch den neuen Entwurf ersetzt. Gleichzeitig blieben jedoch eigene Vorschriften zur Lebensmittelkennzeichnung auf nationaler Ebene möglich.

Ergebnisse der Verbraucherforschung einbeziehen

Renate Sommers Bericht kritisiert den ursprünglichen Vorschlag der Kommission als „inhaltlich mangelhaft“ – so seien generell zu viele Informationen vorgesehen, was zusammen mit der Mindestschriftgröße zu mehr Verpackung und mehr Müll führen würde.

Die Möglichkeit nationaler Vorschriften könne überdies zu zusätzlichen Kosten von mehreren Milliarden Euros führen, da sehr viele Lebensmittelhersteller ihre Produkte in ganz Europa vertreiben.

Generell glaubt Sommer, dass es besser gewesen wäre, mit dem Gesetzesentwurf auf die Ergebnisse der ersten EU-weiten Umfrage über den Einfluss von Lebensmittel-Etikettierungen auf Kaufentscheidungen zu warten.

Regelung für unverpackte Lebensmittel

Zukünftige Gesetzesentwürfe sollten laut Sommers Bericht jedenfalls Betriebe, die unverpackte Lebensmittel verkaufen (wie etwa Bäckereien, Fleisch- und Fischhändler oder Restaurants) berücksichtigen, damit ihr Geschäftsmodell erhalten bleibt.

Im derzeitigen Entwurf der Kommission bleibt es den Mitgliedstaaten überlassen, ob die allgemeinen Vorschriften auch auf sie angewandt werden sollen.

Ampelmodell „willkürlich“

Einig ist sich Sommer mit der Kommission in der Ablehnung eines „Ampel-Modells“: Laut ihrem Bericht würden die Grenzwerte in solch einem Modell, das Lebensmittel in den drei Ampelfarben rot, gelb und grün kennzeichnet, willkürlich festgelegt.

Außerdem sei die Spannweite innerhalb der Farben zu groß - so könnten Grundnahrungsmittel diskriminiert und künstliche anstelle natürlicher Komponenten bevorzugt werden.

Debatte: Dienstagvormittag (ca. 09:45 Uhr)

Abstimmung: Mittwochmittag

Strafrechtsverfahren: "Man soll dieselben Rechte haben wie ein Einheimischer"

Was, wenn man in einem anderen EU-Land einer Straftat beschuldigt wird und die im Gerichtsverfahren verwendete Sprache nicht versteht? Kann es ein faires Verfahren geben, wenn der Angeklagte der Verhandlung nicht wirklich folgen kann? Die Europa-Abgeordneten werden in Straßburg am Mittwoch voraussichtlich einem neuen Richtlinienentwurf zustimmen, der Angeklagten Übersetzung bzw. Verdolmetschung garantieren soll. „Ein Gewinn für alle Seiten, da dadurch die Justiz effektiver und gerechter wird“, meint Berichterstatterin Sarah Ludford im Interview.

Der Richtlinienentwurf legt fest, dass Verdächtige, Festgenommene, behördlich Befragte oder Angeklagte, die die Landessprache nicht verstehen, unter bestimmten Bedingungen das Recht auf Übersetzungen und einen Dolmetschdienst für Anhörungen, Befragungen und Besprechungen mit ihrem Anwalt haben sollten.

„Grob gesagt, sollte man dieselben Rechte haben wie ein Einheimischer, der die Sprache versteht“, meint die britische Berichterstatterin des Europaparlaments Sarah Ludford (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa - ALDE).

Gerechtere und effizientere Verfahren

Die Richtlinie soll gewährleisten, dass Personen, die in anderen Mitgliedstaaten festgenommen wurden oder an andere Mitgliedstaaten ausgeliefert wurden, ein faires Verfahren bekommen. Sie wird als Ergänzung des Europäischen Haftbefehls gesehen.

Ein krasses Beispiel für ungerechte Verfahren aufgrund von Sprachproblemen sei der Fall Gary Mann: Der britische Fußballfan wurde in Portugal als Hooligan verhaftet und verurteilt. Er glaubte, er müsse nur das Land verlassen - doch Jahre später stellte Portugal einen Europäischen Haftbefehl gegen ihn aus.

„Es geht nicht darum, nett zu mutmaßlichen Verbrechern zu sein“, führt Ludford aus, „sondern die Justiz wird auch effizienter, wenn zu Beginn weg gut entschieden wird - ein Gewinn für alle Seiten.“

Welche Sprachen?

Auf die Frage, ob etwa auch in Minderheitssprachen übersetzt werden müsse, antwortet Ludford, es sei unmöglich, eine Liste mit Sprachen zu erstellen.

Die Mitgliedstaaten müssten jedoch sicherstellen, dass jeder Angeklagte die gerichtlichen Verfahren verstehen kann. Dies sei auch eine Frage der individuellen Einschätzung.

Mitgliedstaaten sollen Kosten übernehmen

Laut dem Richtlinienentwurf sollen die Kosten für den Dolmetsch- und Übersetzungsdienst von den Mitgliedstaaten getragen werden.

Für Ludford wäre es jedoch sogar möglich, dass durch die Richtlinie Kosten eingespart werden. „Berufungen sind sehr kostspielig - Fehlurteile führen nicht nur zu schlechtem Ruf, sondern kosten auch Geld“, meint sie.

Am Mittwoch (16. Juni) wird im Rahmen der Plenartagung in Straßburg über die Richtlinie abgestimmt. Im Falle einer Annahme der Richtlinie haben die Mitgliedstaaten drei Jahre Zeit, sie in ihrer nationalen Gesetzgebung umzusetzen.

Debatte: Montag ca. 19:30

Abstimmung: Mittwochmittag

Eröffnung der Plenarsitzung in Straßburg: Keine Änderung der Tagesordnung

Zu Beginn dieser Plenarsitzung erinnerte EP-Präsident Jerzy BUZEK an den 70. Jahrestag der sowjetischen Invasion in Litauen, Lettland und Estland. Des Weiteren sprach Präsident Buzek den ersten Jahrestag der iranischen Präsidentschaftswahlen und die Ermordung von Erzbischof Padovese am vergangenen Donnerstag in der Türkei an.

Präsident Buzek wies im Plenum auf den 70. Jahrestag der sowjetischen Invasion in Litauen, Lettland und Estland, der sich am vergangenen Wochenende jährte, hin und fügte hinzu, dass das Europäische Parlament 1983 die Annexion dieser Länder verurteilte. Die Mehrheit der Staaten in der Welt hatte diese Annexion niemals anerkannt.

In Bezug auf den ersten Jahrestag der iranischen Wahlen hob EP-Präsident Buzek hervor, dass 488 Hinrichtungen in den letzten 12 Monaten stattgefunden hätten und dass noch Tausende im Gefängnis säßen. Einigen drohe die Todesstrafe. Das EP verurteilte den Mangel an Freiheit im Iran und lehnt die Todesstrafe vollkommen ab.

Der Mord von Erzbischof Luigi Padovese in der Türkei, dessen Beerdigung heute in Mailand stattfand, ist ein neues Bindeglied in einer Kette von Morden in diesem Teil der Welt, so Präsident Buzek.

Des Weiteren wertete der Präsident die Beitritte Spaniens und Portugals zur Europäischen Union vor 25 Jahren als einen großen Erfolg. Er erwähnte zudem seinen eigenen Besuch am vergangenen Wochenende in Schengen, um den Jahrestag des Schengen-Abkommens zu begehen. Offizielle Besuche führten Präsident Buzek nach Griechenland und Rumänien, wo er Unterstützung für diese Länder in ihrer derzeitigen schwierigen Situation äußerte.

Abschließend drückte Buzek seine Hoffnung aus, dass Belgien, die Slowakei und die Niederlande nach den Wahlen rasch Regierungen bilden würden.

Die Tagesordnung für die Sitzung wurde nicht geändert.

Transparenz und strengere Regeln für den Derivatemarkt

- Pressemitteilung veröffentlicht 15. Juni 14:05
 - siehe auch gesonderten Hintergrundartikel
-

Transparenz und strengere Regeln sind im Derivatehandel nötig, um Spekulationsgeschäfte zu reduzieren, so das Parlament in einer am Dienstag angenommenen Resolution. Rein spekulative Geschäfte mit Rohstoffen und Agrarprodukten müssten unterbunden werden und es müsse sichergestellt werden, dass so viele Derivate wie möglich durch Clearing-Stellen abgewickelt werden, die bestimmten Standards unterliegen.

In der Resolution sind zahlreiche Vorschläge zur Regulierung des Handels mit Kreditderivaten, sog. Credit Default Swaps, einschließlich des Verbots von ihrem spekulativen Handel, enthalten. Weitere zentrale Elemente der Entschließung sind die Standardisierung der Derivate, ein Transaktionsregister, der Aufbau von zentralen Gegenpartei-Clearingstellen, der Rückgriff auf organisierte Märkte sowie die Verbesserung der Marktintegrität und Marktaufsicht.

Werner LANGEN (CDU), Berichterstatter des Europäischen Parlaments, betonte in der Debatte, "dass wir bei der Regulierung schärfere Regeln brauchen". Man dürfe es nicht zulassen, dass jetzt, nachdem der erste Teil der Finanzmarktkrise einigermaßen bewältigt wurde und der zweite Teil der Finanzmarktkrise ansteht, "ein gewaltiger Markt mit dem zwölfwachen Volumen des Weltsozialproduktes unreguliert bleibt. Der Markt braucht Regeln, er muss streng reguliert werden".

Rein spekulative Geschäfte mit Rohstoffen und Agrarprodukten unterbinden

Die Abgeordneten plädieren in der Resolution dafür, "die bisherige Auffassung, dass Derivate keiner weiteren Regulierung bedürfen, weil sie hauptsächlich von Fachleuten und Spezialisten gehandhabt werden", aufzugeben. Stattdessen bedürfe es strenger Regeln, um "gefährliche Risikoniveaus" zu verhindern, die durch unerfahrene Nutzer und Spekulanten errichtet würden.

Der Gesetzesvorschlag solle zudem Regeln enthalten, die rein spekulative Geschäfte mit Rohstoffen und Agrarprodukten unterbinden. Um Spekulationsgeschäfte zu reduzieren und eine größere Transparenz dieses Marktes zu erreichen, wäre ein Positionslimit für den Handel mit Agrarprodukten und mit bestimmten Rohstoffen, einschließlich Treibhausgaszertifikate, in Betracht zu ziehen, so die Abgeordneten.

Credit Default Swaps

In der Resolution wird darüber hinaus ein Handelsverbot von spekulativen *Credit Default Swaps* (Kreditausfall-Swaps) gefordert. Die Abgeordneten verlangen ebenso, dass "die CDS-Sicherung nur auf Vorlage des Nachweises eines zu Grunde liegenden Engagements am Anleihemarkt gezahlt und auf die Höhe dieses Engagements begrenzt" werden solle. Sie bestehen zudem darauf, dass Credit-Default-Swaps (CDS) über eine europäische Clearing-Stelle abgewickelt werden sollen.

Anschließend wird im Text auf den erheblichen Mangel an Informationen über die Rolle, die die staatlichen Kreditausfall-Swaps in einigen Ländern der Eurozone spielten, hingewiesen.

Risikofaktoren senken

Ein weiterer zentraler Grundsatz in der Resolution ist, dass deutlich mehr Derivateverträge mittels eines Verfahrens geregelt werden, der sicherstellt, dass (durch zentrales Clearing) ein geringeres Risikoniveau aufgebaut wird. Um dies zu ermöglichen, müssen zentrale Clearing-Stellen (CCP) gestärkt werden.

Zudem wird vorgeschlagen, rechtliche Standards einzurichten, um sicherzustellen, dass CCP vor einer breiten Palette von Risiken geschützt sind. Die Abgeordneten fordern daher verpflichtende Standards für den Aufbau, die Entscheidungsabläufe und die Risikomanagementsysteme von CCP.

Das Parlament fordert des Weiteren, dass die Clearing-Stellen nicht vollständig von Nutzern getragen werden dürfen und dass ihre Risikomanagementsysteme nicht im Wettbewerb zueinander stehen dürfen. Die Marktteilnehmer sollen auch keinen kontrollierenden Einfluss auf die Verwaltung und das Risikomanagement von CCP haben.

Nächste Schritte

Die Europäische Kommission wird im September einen Legislativvorschlag zum Derivatehandel vorlegen, mit dem sich dann das Europäische Parlament und der Europäische Rat auseinandersetzen werden.

Neue Förderung notwendig, um Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen

Innovative Finanzierungsmechanismen für die Entwicklung müssen von der EU, als weltweit führender Geber, unterstützt werden, um die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) bis 2015 umzusetzen. Eine entsprechende Entschließung wurde am Dienstag im Plenum angenommen, in der auch die Bekämpfung von Steuerflucht und -oasen, die Zuweisung von 20 % aller Entwicklungsfonds für grundlegende Gesundheitsversorgung und Reduzierung von Überweisungsgebühren gefordert wird.

Vor zehn Jahren hatte man sich auf acht vorrangige Entwicklungsziele geeinigt, die bis 2015 erreicht werden sollen. Diese Millenniums-Entwicklungsziele umfassen unter anderem die Halbierung von Armut und Hunger, den universalen Zugang zu einer Primärschulbildung, die Gleichstellung der Geschlechter, eine verbesserte Gesundheitsversorgung und den Kampf gegen Krankheiten.

Die EU-Abgeordneten erwarten nun, dass sich der Europäische Rat im Juni 2010 vor dem MDG-Gipfel der Vereinten Nationen „auf einen ehrgeizigen gemeinsamen Standpunkt der EU einigt und den Weg für neue, ergebnisorientierte, zusätzliche, transparente und messbare Verpflichtungen bereitet.“

Gemachte Versprechen sollten eingehalten werden

Die Gefahr, die Ziele nicht zu erreichen, ist real. Die EU ist sogar auf dem Weg, ihr Zwischen-Ziel für 2010, 0,56 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe auszugeben, zu verfehlen. „Ich möchte die EU in einer Führungsrolle sehen. Nicht den Mindestprozentsatz, auf den sie sich einigen kann, sondern ein Bekenntnis zu diesen 0,7 % des BNE, ein Bekenntnis dazu, zusätzliche Finanzmittel locker zu machen“, stellte Berichtserstatter Michael CASHMAN (S&D, UK) während der Diskussion in der Plenarsitzung am Montag (14. Juni) fest.

Globale Transaktionssteuer für Entwicklungsfonds

Innovative Finanzierungsmechanismen würden gebraucht, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen, so die EU-Abgeordneten. Daher fordern sie:

- erneute Anstrengungen zur Erleichterung der Schuldenlast von LDC (am wenigsten entwickelte Länder) zu unternehmen, die Verantwortlichkeit, Transparenz und eine gute Staatsführung unter Beweis gestellt haben.
- eine aktive Bekämpfung von Steueroasen, Steuerflucht und illegaler Kapitalflucht und die systematische Offenlegung von erzielten Gewinnen und gezahlten Steuern von Unternehmen.
- eine Verbilligung von Geldüberweisungen von Migranten in ihre Heimatländer.

Mehr Mittel für Gesundheit und Bildung

Die Mitgliedstaaten und die Kommission sollen mindestens 20 % aller Entwicklungsfonds für grundlegende Gesundheitsversorgung ausgeben. Die Gesundheit von Müttern und die Bekämpfung von Kindersterblichkeit sollen vorrangig behandelt werden, da der Fortschritt auf diesen Gebieten noch mangelhaft ist, so die Abgeordneten.

„Maßnahmen auf dem Gebiet der freiwilligen Familienplanung, des sicheren Schwangerschaftsabbruchs, der Behandlung von durch Geschlechtsverkehr übertragenen Infektionen und der Bereitstellung von Hilfsmitteln zur Erhaltung der reproduktiven Gesundheit in Form von lebensrettenden Arzneimitteln und Verhütungsmitteln, einschließlich Kondomen“, sollen von Mitgliedstaaten und der Kommission unterstützt werden.

13 % der Fälle von Müttersterblichkeit in Entwicklungsländern gehen auf unsichere Schwangerschaftsabbrüche zurück. Dieser Prozentsatz sei in Afrika noch viel höher, so das Parlament.

Nächste Schritte

Der Europäische Rat wird nun am Donnerstag die EU-Position und die politischen Botschaften für das vom 20. bis 22. September in New York stattfindende UN-MDG-Gipfeltreffen erarbeiten. Dabei wird sich der Rat auf die am 14. Juni vom Außenausschuss des EP angenommenen Schlussfolgerungen beziehen.

Die Entschließung wurde mit 353 Stimmen dafür, 206 dagegen und 75 Enthaltungen angenommen.

Globalisierungsfonds: Finanzhilfe für spanische und irische Arbeiter

Insgesamt 11 Millionen Euro an Finanzhilfe für Keramik- und Holzindustrie-Arbeiter in Spanien und die ehemaligen Angestellten einer Glasfabrik in Irland: Das wurde am Dienstag (15. Juni) vom Europa-Parlament bestätigt. Das Geld kommt aus dem EU-Globalisierungsfonds, der aufgrund der Globalisierung arbeitslos gewordenen Arbeitnehmern die berufliche Neuorientierung erleichtern soll.

In Zeiten einer tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise sei der Einsatz des Globalisierungsfonds ein „klares Signal an die europäischen Bürger, wie die EU die Rezession und die Arbeitslosigkeit bekämpfen kann“, meinte die italienische Europa-Abgeordnete Barbara Matera (Europäische Volkspartei) nach der Abstimmung im Haushaltsausschuss.

Das Europäische Parlament hat heute (15. Juni) zwei Anträge aus Spanien, einen aus Irland und einen Antrag der Europäischen Kommission bewilligt.

Keramik- und Holzindustrie in Spanien, Kristallglas in Irland

Bei einem der spanischen Anträge geht es etwa um die Keramikbranche in Valencia, wo 1.600 Personen ihre Arbeit verloren haben. Die Maßnahmen werden mit knapp 6,6 Millionen Euro unterstützt.

Die weiteren genehmigten Anträge betreffen die Holzindustrie in Castilla La Mancha (Spanien) und die ehemaligen Mitarbeiter eine Kristallglasfabrik in Irland, die im Jahr 2009 geschlossen wurde.

Außerdem wurde der Vorschlag der Europäischen Kommission angenommen, eine Studie zur Evaluierung und Überwachung des Fonds zu finanzieren.

Der *Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)* dient dazu, Arbeitskräften zu helfen, die infolge der Globalisierung oder der globalen Finanzkrise entlassen werden.

Unterstützt werden u. a. Arbeitssuche, Berufsberatung, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und Beihilfen zur Unternehmensgründung.

"Die Rating-Agenturen spielen eine Rolle, die ihnen eigentlich nicht zusteht"

Die oft falschen Einschätzungen der Solidität von komplexen Finanzmarktprodukten haben schon im vergangenen Jahr zu massiver Kritik an den Rating-Agenturen geführt. Mittlerweile rückt zusätzlich ihre Rolle ins Blickfeld, was die Refinanzierungskosten für Staatsschulden angeht. Denn die Herabstufung der Kreditwürdigkeit durch die Agenturen führt fast unweigerlich dazu, dass höhere Zinsaufschläge für Staatsanleihen gezahlt werden müssen. Im Vorfeld einer verstärkten Regulierung der Agenturen haben mehrere Europa-Abgeordnete parlamentarische Anfragen an die Kommission gerichtet. Einer von ihnen ist der Linken-Abgeordneten Jürgen Klute. Er erklärt im Interview wonach es aus seiner Sicht geht.

Herr Klute, wie schätzen Sie die Rolle der Rating-Agenturen im Vorfeld und im Verlauf der Finanzkrise ein? Sehen Sie Interessen-Konflikte?

Kreditrating-Agenturen haben in den Krisen der 1990er Jahren versagt und auch im Fall ENRON zu Beginn dieses Jahrzehnts. Sie haben falsche Analysen zu den Finanzprodukten geliefert, die auf US-Immobilienkrediten basierten und sie haben der Lehman-Brothers-Bank selbst dann noch gute Noten gegeben, als diese schon am Schwanken war.

Die drei großen Rating-Agenturen – Standard & Poor's, Moody's und Fitch – sind Privatunternehmen. Man räumt ihnen die Rolle eines Schiedsrichters ein, gleichzeitig sind sie aber Spieler auf den Finanzplätzen und versuchen möglichst hohe Renditen zu erzielen.

Momentan zahlt, wer Wertpapiere auf den Markt bringt, für die Bewertung der Produkte. Wenn die Investoren [die Käufer der Wertpapiere] und nicht die Emittenten für verschiedene unabhängige Gutachter zahlen würden, dann konnte man ein Mindestmaß an Fairness in diesem Spiel erreichen.

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass die Rating-Agenturen die Kreditkosten für ganze Volkswirtschaften in die Höhe treiben, wenn sie ein Land herabstufen. Wie bewerten Sie den Einfluss der Agenturen in dieser Hinsicht?

Man darf Staaten nicht mit Firmen verwechseln. Staaten organisieren das Zusammenleben einer Gesellschaft. In der aktuellen Krise geht es aber nicht so sehr um die Verwechslung von Staaten und Firmen. Mir scheint es vielmehr so, dass die Agenturen Panik stiften, basierend auf der – eigentlich nicht besonders plausiblen – Einschätzung, dass die südlichen EU-Staaten zahlungsunfähig werden. Sie ermutigen damit die Spekulation.

Sehr hohe Zinsen für griechische Kredite mag der Rekapitalisierung der internationalen Banken dienen, aber letztlich verspielen die Agenturen ihre Glaubwürdigkeit. Statt Risiken zu analysieren, schaffen die Agenturen derzeit Risiken.

Was kann getan werden, damit die Tätigkeit der Rating-Agenturen den gesamtwirtschaftlichen Interessen in Europa dient?

Sogar die Europäische Kommission stimmt nun endlich darin überein, dass es einer öffentlichen Aufsicht bedarf, damit die Agenturen neue und strenge Regeln einhalten. Die Macht, die private Rating-Agenturen über das öffentliche Leben ausüben konnten, wurde missbraucht, daher müssen wir nun diese Macht begrenzen.

Aber ich bezweifle, dass das ausreichen wird. Nach der Privatisierung ehemals öffentlicher Banken ist das grundlegende Problem für die meisten europäischen Länder ihre Abhängigkeit von den Finanzmärkten. Die Europäische Zentralbank muss ihre Politik auf den Prüfstand stellen und von den Nachbarn lernen.

Die Agenturen haben in Bezug auf Staatsanleihen eine quasi-offizielle Rolle angenommen, die ihnen nicht zusteht. Wir brauchen außerdem Euro-Bonds, die eine Umfeld schaffen würden, in der Spekulation gegen Euro-Mitglieder erschwert würde.

Für ein vollständigeres Bild der Erde: das EU-Erdbeobachtungsprogramm

2008 begann die Pilotphase des Europäischen Erdbeobachtungsprogramms GMES (Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung), gefördert mit den Mitteln des EU-Forschungsprogramms. Das Programm soll die systematische Nutzung von Daten über die Erde etwa bei Naturkatastrophen, aber auch im Hinblick auf den Klimawandel verbessern, wie der SPD-Abgeordnete Norbert Glante erklärt. Das EU-Parlament befasst sich derzeit mit der Rechtsgrundlage für die voll-operative Phase, die ab 2011 beginnen soll.

Warum braucht Europa ein Erdbeobachtungsprogramm?

Momentan werden derlei Daten von nationalen Behörden, Forschungsinstituten, Privatfirmen und vom Militär gesammelt, aber es mangelt an Kompatibilität. Das Europäische Erdbeobachtungsprogramm wird von der Kommission betrieben in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten. Es geht darum, per Satellit und über Erdstationen verlässliche Daten zu sammeln.

Die EU baut in Zusammenarbeit mit der Europäischen Weltraumagentur ESA Satelliten, während die Mitgliedsstaaten ihre Stationen zu Luft, zu See und auf dem Boden nutzen, um Daten zu sammeln und weiter zu verarbeiten, um sie den Nutzern zur Verfügung zu stellen.

Was bringt es aus Sicht der Bürger?

Es geht darum das Umwelt-Management zu verbessern, indem wir besser über die Erdoberfläche, die Artenvielfalt, den Zustand der Meere und die Zusammensetzung der Atmosphäre Bescheid wissen. Die soll auch die Sicherheit der Menschen verbessern, zum Beispiel in Hinblick auf Naturkatastrophen.

Konkret gesprochen – im Falle eines Erdbebens können akkurate Satelliten gestützte Karten den Einsatz der Rettungsteams verbessern. Die Veränderung des Meeresspiegels als Folge des Klimawandels kann genau gemessen werden und GMES kann nach einer Havarie genau erfassen, wie sich der Ölteppich ausbreitet und entsprechend zum Schutz der Küsten beitragen.

Hätte das voll operationsfähige System eine Katastrophe wie in Haiti verhindern können?

Natürlich kann ein System wie GMES keine Naturkatastrophe verhindern.

Aber es kann die negativen Folgen begrenzen. GMES kann dazu beitragen, dass die Rettungsteams schneller vor Ort sind. Bilder können dazu beitragen, die besonders betroffenen Gebiete zu identifizieren. Man kann erkennen, wo Infrastruktur zerstört wurde – Straßen, Schienen, ob der Flughafen beschädigt wurde oder nicht. Man kann der Bevölkerung effektiver helfen oder sie evakuieren.

Wie können Sie die hohen Kosten des Projekts angesichts der Wirtschaftslage rechtfertigen?

Die Gesamtkosten sind noch nicht abschließend definiert. Es geht um einige hundert Millionen, das ist für ein derartiges Infrastrukturprojekt nicht wirklich viel. Niemand würde etwa mit der Arbeitslosigkeit gegen den Bau einer Autobahn argumentieren.

Worum dreht sich die aktuelle Diskussion im Europaparlament?

Drei Fragen: erstens das Budget – die Kosten sind um mehr als 70% gestiegen. Wir müssen neues Geld auftreiben für die Satelliten.

Zweite Frage ist, wie die Daten verwendet werden – werden sie kostenlos zur Verfügung gestellt oder müssen die Nutzer zahlen?

Drittens stellt sich die Frage, wie das System im Verhältnis zu privaten Anbietern ähnlicher Dienste positioniert wird.

EU-Bürger sollen in Strafverfahren ihre Muttersprache benutzen können

- Pressemitteilung
 - Mittwoch, 16. Juni - 14:00 Uhr
-

EU-Bürger sollen in Strafprozessen in einem anderen Mitgliedsland ihre Muttersprache benutzen können, so das Europäische Parlament in einer am Mittwoch angenommenen Richtlinie. Diese neue Regelung würde gewährleisten, dass ein Bürger im EU-Ausland das Recht auf Dolmetschung von Polizeiverhören, Gerichtsverhandlungen und der Kommunikation mit seinem Anwalt hätte. Zudem sollen alle notwendigen Dokumente übersetzt werden.

Die neue Richtlinie legt Mindestvorschriften für das Recht auf Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen in Strafverfahren fest, um die Rechte von Verdächtigen oder Beschuldigten, die die Sprache des Verfahrens nicht sprechen oder verstehen, zu verbessern. Auf diese Regelung wird auch bei der Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls zurückgegriffen.

Vom Verdacht bis zur endgültigen Entscheidung

Diese Rechte gelten für jede Person ab dem Zeitpunkt, zu dem sie in Kenntnis gesetzt wurde, dass sie einer Straftat verdächtig oder beschuldigt wird, bis zum Abschluss des Verfahrens, einschließlich der Festlegung des Strafmaßes und der abschließenden Entscheidung in einem Rechtsmittelverfahren.

Dolmetschung und Übersetzung sollen in der Muttersprache der verdächtigten oder beschuldigten Person oder einer anderen ihr verständlichen Sprache zur Verfügung gestellt werden, damit sie in vollem Umfang ihr Recht auf Verteidigung ausüben könne, so die EU-Parlamentarier. Zudem müssen maßgebliche Dokumente übersetzt werden. Darunter fallen die Anordnung einer freiheitsentziehenden Maßnahme, Anklageschrift und jedes Urteil.

Als Beispiel dafür führte Berichterstatterin Sarah LUDFORD (ALDE, UK) während der Debatte den Fall eines in Portugal verhafteten britischen Fußballfans an, der künftig ein Recht auf Dolmetschung von Polizeiverhören, Gerichtsverhandlungen und der Kommunikation mit seinem Anwalt hat.

Das neue EU-Gesetz enthält auch Bestimmungen über die Qualität der Dolmetschung und Übersetzung und über das Recht des Verdächtigen, die Entscheidung über deren Notwendigkeit anzufechten. Ferner sind die Bestimmungen über das Recht auf Beschwerde über die Qualität der Dolmetschung und Übersetzung und über die Weiterbildung von Richtern, Strafverfolgern und Justizbedienstete festgelegt.

Mitgliedstaaten sollen Kosten übernehmen

Die Mitgliedstaaten sollen, unabhängig vom Verfahrensausgang, für die entstehenden Dolmetschungs- und Übersetzungskosten aufkommen, so die EU-Parlamentarier. Sarah LUDFORD spricht sich gegen Kostenkürzungen in diesem Bereich aus, sonst würden diejenigen Berufungen einlegen, die ein schwaches Gerichtsurteil oder unzureichende Polizeileistungen erhalten haben.

Diese Richtlinie ist die erste Stufe in einer Reihe von Maßnahmen zur Festlegung gemeinsamer EU-Mindestvorschriften in Strafrechtsfällen. Dies ist auch die erste europäische Gesetzgebung im Strafrecht, die zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat im Mitentscheidungsverfahren verhandelt wurde. Auch für das Vereinigte Königreich und Irland wird diese Richtlinie gelten, für Dänemark jedoch nicht.

637 Abgeordnete stimmten für die Richtlinie, 21 dagegen, 19 enthielten sich. Im Vorfeld konnten Rat und EP eine Einigung erzielen, so dass das Gesetzgebungsverfahren mit dem Votum des EP abgeschlossen ist. Die EU-Mitgliedstaaten haben nun drei Jahre Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Europaparlament fordert Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU

- Pressemitteilung
- Mittwoch, 16. Juni - 14:00 Uhr

Um auf künftige Krisen besser vorbereitet zu sein und die erfolgreiche Umsetzung der Europa-2020-Strategie sicherzustellen, muss die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU reformiert werden, so das Europäische Parlament. Die Abgeordneten fordern zudem, am Gesamtziel, 3 % des BIP für Forschung auszugeben, festzuhalten sowie die Verringerung der Armut in der EU um die Hälfte. Auch für die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds plädiert das Europaparlament.

In zwei am Mittwoch angenommenen Entschlüssen zur wirtschaftspolitischen Steuerung sowie zur EU-2020-Strategie betont das EP, dass eine "wirkliche wirtschaftliche Governance" bedeutet, dass der Kommission eine angemessene und stärkere Verantwortung für die Steuerung übertragen wird. Auch müssten Europäischer Rat und Kommission eine Strategie des „Forderns und Förderns“ anwenden, also etwa wirtschaftliche Anreize (beispielsweise zusätzliche EU-Mittel) sowie Sanktionen.

Mit Blick auf die EU-2020-Strategie fordert das EP den Europäischen Rat auf, Lehren aus der derzeitigen Krise zu ziehen und eine "wirklich vorausschauende, ehrgeizige und kohärente Strategie festzulegen".

Für Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds

Die Abgeordneten sprechen sich für die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds, in den die Länder der Eurozone im Verhältnis zu ihrem Bruttoinlandsprodukt einzahlen und in den die Geldbußen fließen, die die Mitgliedstaaten bei überhöhter Verschuldung und zu hohem Staatsdefizit zahlen müssen. Jeder Mitgliedstaat könnte aus dem EWF Mittel bis zu dem Betrag erhalten, den er in der Vergangenheit eingezahlt hat. Sollte ein Land jedoch zusätzliche Mittel oder Bürgschaften benötigen, so müsste es ein maßgeschneidertes Reformprogramm akzeptieren, dessen Umsetzung die Kommission überwachen würde.

EU-2020-Strategie: konkrete Ziele nötig

In der Entschlüsselung zur EU-2020-Strategie fordern die Abgeordneten u.a., am Gesamtziel 3 % des BIP für Forschung auszugeben festzuhalten sowie die Verringerung der Armut in der EU um die Hälfte.

Darüber hinaus verlangt das EP die unverzügliche Festlegung verbindlicher Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen, namentlich für jedes Land eine 30-prozentige Verringerung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 sowie langfristig eine weitere wesentliche Verringerung, sofern die anderen Länder bereit sind, sich ebenfalls zu angemessenen Maßnahmen zu verpflichten. Von entscheidender Bedeutung sei zudem die Verbesserung der Ressourceneffizienz sowie Verringerung ihres Energieverbrauchs um 20 % und Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energieträger auf mindestens 20 % bis zum Jahr 2020.

Auch sollten bis 2020 die Schulabbrecherquoten unter 10% der jeweiligen Altersgruppe liegen und mindestens 40% der Bevölkerung einen Hochschulabschluss oder gleichwertigen Abschluss besitzen.

Kleine und Mittlere Unternehmen und Unternehmergeist fördern

Die Abgeordneten betonen weiter, dass die EU Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) und Unternehmergeist fördern sollte, die wesentlich für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen sind. "Verwaltungstechnische und ordnungspolitische Auflagen" müssten verringert und die Vorschriften vereinfacht werden, so dass KMU rascher wachsen können. Bürokratie müsse weiter abgebaut werden. Von zentraler Bedeutung seien zudem KMU-

freundliche Rechtsvorschriften, die Schaffung eines attraktiven Umfelds für Unternehmensgründungen, die Förderung des Unternehmergeistes sowie die Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln.

"Neue Agenda zur Förderung menschenwürdiger Arbeit"

Schließlich betonen die Abgeordneten, dass hochwertige Arbeitsplätze eine der "obersten Prioritäten" der Strategie EU 2020 sein sollten und dass eine stärkere Konzentration auf gut funktionierende Arbeitsmärkte und auf soziale Bedingungen wesentlich für die Verbesserung der Beschäftigungssituation ist. Nötig sei daher eine "neue Agenda zur Förderung menschenwürdiger Arbeit", zur Gewährleistung der Arbeitnehmerrechte in ganz Europa und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Für die Resolution zur EU-2020-Strategie stimmten 563 Abgeordnete, 57 stimmten dagegen, 24 enthielten sich.

Für die Resolution zur wirtschaftspolitischen Steuerung stimmten 507 Abgeordnete, 91 stimmten dagegen, 29 enthielten sich.

Abschied von der Kroon: Wirtschaftsausschuss für Euro-Einführung in Estland

Trotz internationaler Finanzkrise ist die Eurozone bereit für eine Erweiterung: Estland kann zum 1. Januar 2011 seine Kroon für den Euro eintauschen. Das Europäische Parlament hat am Mittwoch (16. Juni) mit großer Mehrheit den Antrag Estlands auf Einführung der Gemeinschaftswährung angenommen. In der Aussprache betonten mehrere Abgeordnete die Signalwirkung dieser Entscheidung.

Der vom Parlament in Straßburg angenommene Vorschlag der Kommission sieht vor, den Euro in Estland zum 1. Januar 2011 einzuführen.

Berichtersteller Edward Scicluna (Sozialisten & Demokraten) begrüßt die Euro-Einführung: „Die Tatsache, dass ein so kleines Land in den Zeiten der schlimmsten Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise an die Tür der Eurozone klopft, ist sehr bedeutsam.“

Niedrige Staatsschulden und wirtschaftliche Integration

Estland habe die Kriterien zur Einführung des Euro erfüllt. So sei etwa die Wirtschaft bereits fest im EU-Markt integriert: Das Handelsvolumen mit anderen EU-Staaten ist fast dreimal größer als der Handel mit Staaten außerhalb der EU, und auch der estnische Finanzsektor ist in den europäischen integriert.

Überdies ist die Preisstabilität hoch, und die Staatsschulden und das Haushaltsdefizit sind im Vergleich zu anderen Ländern der Eurozone gering. Einzig die Arbeitslosenrate ist mit 20 % überdurchschnittlich hoch und dürfte zunächst noch weiter steigen.

Vorbildrolle für die Region

Die Abgeordneten im Wirtschaftsausschuss gratulierten Estland für die „erstaunliche Leistung“.

Es wäre außerdem ein „wichtiges Signal für die Region“ - Estland könnte hier eine Vorbildrolle übernehmen, „um anderen baltischen Staaten zu zeigen, dass sie, wenn sie die Kriterien erfüllen, der Euro-Zone beitreten können,“ hatte der irische EU-Abgeordnete Gay Mitchell (Europäische Volkspartei) bereits im Währungsausschuss unterstrichen. Die Währungsgemeinschaft und die Europäische Zentralbank spiele insbesondere für kleinere Länder eine wichtige Rolle sagte Mitchell während der Plenaraussprache am Montag (14. Juni).

Gemeinsam scheiden

Was im EU-Recht bisher nur eine ungenutzte Möglichkeit war, soll nun erstmals Wirklichkeit werden: Dass nämlich eine Reihe von Staaten im Rahmen der EU gemeinsames Recht schaffen, dass nur für jene gilt die freiwillig mitmachen. 14 Mitgliedstaaten wollen zukünftig im Scheidungsrecht enger zusammenarbeiten. Das Europaparlament hat heute (16. Juni) der Anwendung des Verfahrens zugestimmt, gleichzeitig jedoch seine Mitentscheidungsrechte eingefordert.

Während Malta zwar eine rechtliche Trennung aber keine Auflösung der Ehe kennt, kann man in Schweden den Bund fürs Leben auf dem Postweg auflösen. 16 Staaten der EU werden in Zukunft immerhin einheitlich regeln, welches nationale Recht zur Anwendung kommt wenn Paare unterschiedlicher Nationalität sind oder sich das Ja-Wort im EU-Ausland gegeben haben.

Mit 615 Stimmen dafür und nur 30 Gegenstimmen stimmten die Europa-Abgeordneten heute (16. Juni) in Straßburg erstmals für die Anwendung der Verstärkten Zusammenarbeit.

Verstärkte Zusammenarbeit

Die Verstärkte Zusammenarbeit wurde ursprünglich durch den Vertrag von Amsterdam 1999 eingeführt. Es ermöglicht einer Gruppe von Mitgliedstaaten (mindestens einem Drittel der derzeit 27) im Rahmen des EU-Rechts und der EU-Organen gemeinsame Regelungen einzuführen, die nur für die beteiligten Staaten gelten.

Das Verfahren der Verstärkten Zusammenarbeit kann nur dann angewandt werden, wenn sich der Ministerrat erwiesenermaßen bei einem Thema nicht einig werden kann.

Europäische Scheidung

Da das Thema seit 2006 festgefahren war, haben sich nun 14 Mitgliedstaaten (darunter Österreich und Deutschland) darauf geeinigt, es „internationalen“ Ehepaaren zu ermöglichen, sich entweder in ihren Heimatländern oder in dem Land, in dem sie leben, scheiden zu lassen.

Bislang mussten sich Scheidungsrichter mit der Gesetzgebung in allen betroffenen Ländern auseinandersetzen, was zu Problemen führte, welches Recht denn nun anwendbar sei, wie es im Bericht des polnischen Europa-Abgeordneten Tadeusz Zwiefka (Europäische Volkspartei) heißt.

Die restlichen Mitgliedstaaten sind von dieser Zusammenarbeit im Scheidungsrecht nicht betroffen, haben jedoch die Möglichkeit, nachträglich jederzeit einzusteigen.

Mitentscheidungsrechte für das Parlament gefordert

Die Anwendung des Verfahrens der Verstärkten Zusammenarbeit muss von Kommission und Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit genehmigt werden, und bedarf auch der Zustimmung des Europäischen Parlaments.

In Folge wird das Parlament jedoch zum jeweiligen Thema (in diesem Fall Scheidung) nur angehört - es hat formell nicht das Recht, den Entwurf abzulehnen oder abzuändern. Zwiefkas vom Plenum heute angenommener Bericht fordert, dass dem Parlament auch hier die vollen Rechte des Mitentscheidungsverfahrens zugestanden werden.

Nordkorea: "Der Spielraum ist gering und klassische Diplomatie bewirkt wenig"

Am Mittwoch debattierten die Europa-Abgeordneten die Lage auf der koreanischen Halbinsel mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton. Eine Delegation des Europaparlaments war Anfang Juni in beiden Teilen Koreas. Wir haben in Straßburg mit dem CDU-Abgeordneten Christian Ehler gesprochen, der die Delegation anführte.

Herr Ehler, welche Eindrücke haben sie dort in den Gesprächen mit den Koreanern gewonnen?

Was sehr deutlich war und von Bedeutung ist, dass Süd-Korea die strategische Partnerschaft mit der EU sehr ernst nimmt. Es gibt sehr viele europäische Firmen, die in Süd-Korea in sehr großen Projekten engagiert sind – in der Batterietechnik, in der Luft- und Raumfahrt und in der Automobilindustrie. Und für viele Firmen ist es nicht nur einfach ein nationaler Markt, sondern die Hintertür zum chinesischen Markt.

Wie kann die EU helfen, die Spannungen zwischen beiden Teilen Koreas zu vermindern?

Zunächst einmal sollten wir unsere Position nicht überschätzen. Wir als EU nehmen nicht an die 6-Parteien-Gesprächen* Teil.

Bei der strategischen Partnerschaft geht es für Korea aber nicht nur um wirtschaftliche Fragen. Sie wollen von Europas Erfahrung im Umgang mit Diktaturen lernen und auch wie man wirtschaftliche Schwierigkeiten bewältigen kann. Unsere wichtigste Aufgabe ist es daher, unser Wissen mit Süd-Korea zu teilen.

Die EU gehört zu den wenigen, die in Nordkorea weiterhin Nahrungsmittelhilfe leisten. Wir spielen eine Rolle insofern wir eine Verbindung zu Nord-Korea aufrechterhalten.

Wie sollte die EU mit dem Regime in Pjöngjang politisch umgehen?

Es gibt nicht sehr viel Spielraum. Unserer Erfahrung nach kann man im Umgang mit solchen Diktaturen nicht die üblichen Instrumente der Diplomatie verwenden. Es ist wichtig immer wieder die gleiche Botschaft zu wiederholen: Kehrt an den Verhandlungstisch der sechs Parteien zurück, gebt Euer Nuklearprogramm auf und kehrt in die UN-Gemeinschaft zurück.

Wir werden die Nahrungsmittelhilfe fortsetzen. So können wir sicher sein, dass die Bevölkerung nicht Gefahr läuft zu verhungern.

Was hat sie persönlich am meisten beeindruckt?

Als wir die Grenze zwischen Nord und Süd besuchten, haben wir auf der südkoreanischen Seite viele Bäume und Grünflächen. Aber auf der nordkoreanischen Seite sah man nur Artillerie-Positionen und über Kilometer Landminen. Es gibt circa 2,5 Millionen Landminen in Nord-Korea.

* Die sechs Parteien sind China, die beiden Koreas, die USA, Russland und Japan.

Arbeitszeiten von Fernfahrern: Selbständige mit inbegriffen

- Pressemitteilung
 - Veröffentlicht 16. Juni, 15:50
-

Für selbständige Bus- und Fernfahrer müssen die gleichen Regeln gelten wie für Angestellte eines Unternehmens, so das Europäische Parlament. Die Abgeordneten haben somit den ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission abgelehnt. Sie argumentieren, dass die Gleichbehandlung aus Gründen der Gesundheit und Sicherheit sowie zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs nötig ist.

Mit dem heutigen Votum (368 Ja-Stimmen, 301 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen) ist das EP seinem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten gefolgt und hat gegen den ursprünglichen Gesetzesvorschlag der EU-Kommission gestimmt. Dieser sah vor, selbständige Fahrer von der Arbeitszeitrichtlinie auszunehmen.

Da die EU-Kommission im Anschluss an die Abstimmung des EP über den Vorschlag der Kommission ankündigte "alle verschiedenen Optionen zu prüfen, inklusive des Zurückziehens des Gesetzesvorschlags", bestätigte das EP seine Position in der Abstimmung zur legislativen Entschließung mit 383 Ja-, 263 Nein- Stimmen und 23 Enthaltungen.

Die Berichterstatterin Edit Bauer (EVP, Slowakei) sowie eine Mehrheit von EVP, ALDE und EKR unterstützte den Ansatz der Kommission, eher das Problem der scheinselfständigen Kraftfahrer zu bekämpfen, als selbständige Kraftfahrer in den Geltungsbereich der Richtlinie einzubeziehen. Sie argumentieren, dass für Selbständige bereits die Bestimmungen zu Lenk- und Ruhezeiten gelten und dass selbständige Unternehmen derzeit in keiner anderen Branche von Arbeitszeitregelungen betroffen sind.

Selbständige Fernfahrer waren zunächst von den Regeln der bestehenden EU-Arbeitszeitrichtlinie ausgenommen, wären jedoch ab dem 23. März 2009 unter diese gefallen, hätte die Kommission keinen gegenteiligen Vorschlag unterbreitet. Genau dies tat die Kommission jedoch im Oktober 2008 und schlug vor, Selbständige grundsätzlich auszunehmen.

Das EP beschloss heute allerdings, dass für selbständige Fernfahrer die gleichen Regeln wie für angestellte Fahrer gelten sollen hinsichtlich Be- und Entladen, Unterstützung für Fahrgäste, Reinigung und Wartung sowie bezüglich der Formalitäten im Zusammenhang mit Polizei und Zoll. Momentan sieht die Gesetzeslage ein wöchentliches Fahrlimit von durchschnittlich 48 Stunden vor. Dieses Limit kann allerdings auf bis zu 60 Stunden pro Woche angehoben werden, vorausgesetzt der Wochendurchschnitt von 48 Stunden wird über einen Zeitraum von vier Monaten nicht überschritten.

Nächste Schritte

Mit der Ablehnung des Vorschlags der Kommission bleibt die geltende Richtlinie 2002/15/EG in Kraft, die die Einbeziehung der selbständigen Fahrer in den Geltungsbereich der Richtlinie ab dem 23. März 2009 vorsieht.

Klarere und schlüssigere Lebensmittelkennzeichnung für Verbraucher

- Pressemitteilung
 - Veröffentlicht 16. Juni, 19:20
-

Lebensmittelverpackungen sollen verpflichtende Informationen zum Nährwertgehalt der Lebensmittel und Tagesbedarf enthalten. Das Parlament hat am Mittwoch über einen entsprechenden Gesetzesentwurf abgestimmt. Der Vorschlag zur Einführung eines "Ampel"-Systems um den Salz-, Zucker- und Fettgehalt in verarbeiteten Lebensmitteln anzugeben, wurde allerdings abgelehnt.

Mit 559 Ja-Stimmen, 54 Nein-Stimmen und 32 Enthaltungen haben die Abgeordneten den Bericht von Renate Sommer (CDU) angenommen. Verbraucher sollen dadurch eine gut überlegte Wahl treffen können, während gleichzeitig die administrativen und finanziellen Auswirkungen für die Lebensmittelbranche so weit wie möglich eingegrenzt werden sollen.

"Für die Hersteller und Händler von Lebensmitteln ist die Vielfalt der existierenden Gesetze mittlerweile nur noch schwer überschaubar. Alle diese Missstände soll der vorliegende Verordnungsentwurf durch eine EU-weit einheitliche Lebensmittelkennzeichnung beseitigen", kommentierte Renate Sommer die Problematik.

Verpflichtende umfangreiche Nährwertkennzeichnung auf der Vorderseite der Verpackung

Die Abgeordneten stimmen mit der EU-Kommission dahingehend überein, dass Schlüsselinformationen zum Nährwert, wie der Energiegehalt, Fette, gesättigte Fettsäuren, Zucker und Salz im "Hauptblickfeld der Verpackung" angegeben werden müssen. Daher sei es unbedingt erforderlich, die Energie- und Nährstoffmenge stets pro 100 g oder 100 ml anzugeben. Diese Kennzeichnung soll auch für Proteine, Kohlenhydrate und Transfette gelten. Um die Lesbarkeit der Informationen zu gewährleisten, sollen nach Forderung der Abgeordneten dabei auch Kriterien wie Schriftgröße und Abhebung vom Hintergrund berücksichtigt werden.

Kein "Ampel"-System

Der Vorschlag zur Einführung des "Ampel"-Systems ist mit klarer Mehrheit abgelehnt worden. Ein "Ampel"-System sieht vor, rote, gelbe und grüne Farben zu verwenden, um den hohen, mittleren und geringen Gehalt von Salz, Zucker und Fett in verarbeiteten Lebensmitteln anzugeben.

Angabe des Herkunftslands

Angaben zum Herkunftsland sind für bestimmte Lebensmittel wie Rindfleisch, Honig, frisches Obst und Gemüse und Olivenöl bereits verpflichtend. Die Abgeordneten unterstützen daher die Ausweitung einer entsprechenden Kennzeichnung auf Fleisch, Geflügel, Molkeerzeugnisse und andere Erzeugnisse aus einer Zutat. Darunter fallen auch Fleisch, Geflügel und Fisch, wenn diese als Zutat in verarbeiteten Lebensmitteln vorhanden sind. Dies könnte durch eine umfassende Folgenabschätzung bewertet werden. Fleisch solle auf den Geburts-, Haltungs- und Schlachtungsort hinweisen, fordern die Abgeordneten. Fleisch aus Schlachtung ohne Betäubung (im Hinblick auf bestimmte religiöse Traditionen) sollte ebenfalls als solches gekennzeichnet sein.

Nährstoffprofile wieder aufgenommen

Mit nur einer Stimme ist die Empfehlung des Umweltausschusses von den EU-Abgeordneten abgelehnt worden, der vorsieht, Nährwertprofile von der Gesetzgebung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben auszunehmen. Kritiker sehen diese Regelung als irreführende Werbung an, die den Verbraucher täuschen oder den Lebensmitteln falsche medizinische Eigenschaften zuschreiben würden.

Ausnahmen für nicht-vorverpackte Lebensmittel und Alkohol

Nicht-vorverpackte Lebensmittel, wie Fleisch vom Metzger, sollen nach Ansicht der Abgeordneten von den Regeln der Nährwertkennzeichnung ausgenommen werden. Von Kleinunternehmen und von Landwirten handwerklich hergestellte Erzeugnisse sollen ebenfalls davon ausgenommen werden. Die Mehrheit der Abgeordneten fordert dies auch für alkoholische Getränke. Wegen ihres Alkoholgehalts sollen insbesondere Mixgetränke oder "Alcopops" strengen Kennzeichnungsvorschriften unterliegen und in Geschäften von alkoholfreien Getränken eindeutig getrennt positioniert sein.

Inkrafttreten des Gesetzesentwurfs

Der Gesetzesentwurf ist in der Schlussabstimmung im Parlament mit 559 Ja-Stimmen, 54 Nein-Stimmen und 32 Enthaltungen angenommen worden. Allerdings wird keine schnelle Einigung mit dem Rat erwartet, so dass der Gesetzesentwurf mit großer Wahrscheinlichkeit im Parlament in die Zweite Lesung gehen wird. Nach seiner Verabschiedung hat die Lebensmittelbranche dann drei Jahre Zeit die Regeln anzunehmen. Für kleinere Unternehmen, die am Tag des Inkrafttretens weniger als 100 Beschäftigte haben und deren Jahresumsatz 5 Millionen EUR nicht überschreitet, gelten die neuen Regeln fünf Jahre nach Inkrafttreten.

Europaparlament fordert eine internationale Untersuchung zu Gaza-Hilfsflotte und ein Ende der Blockade

Eine internationale und unparteiische Untersuchung des Angriffs auf die humanitäre Flotte, die Öffnung aller Grenzübergänge nach und aus Gaza und ein sofortiges Ende der Blockade von Gaza fordert das Europäische Parlament in einer am Donnerstag angenommenen Resolution. Die Abgeordneten sprechen sich zudem für eine Neugestaltung der Nahostpolitik der EU aus, damit die EU eine entscheidende und kohärente politische Rolle übernehmen kann.

Die Europa-Parlamentarier fordern ein unverzügliches Ende der Gaza-Blockade, die zu einer humanitären Katastrophe geführt und zudem den Wiederaufbau und die Wirtschaft des Gaza-Streifen gelähmt hat. Diese Blockade habe auch zu einer verstärkten Radikalisierung beigetragen, so die Abgeordneten. Des Weiteren fordern die Parlamentarier die Hohe Vertreterin der EU, Catherine Ashton, auf, dem Quartett aus EU, USA, Russland und der UN unverzüglich einen Plan der EU vorzulegen, der beiträgt, die Blockade von Gaza zu beenden.

Um Israels Sicherheitsbedenken zu genügen, schlagen die Abgeordneten vor, dass eine internationale Überwachung der Grenzübergänge, einschließlich der Erneuerung bzw. Reaktivierung des Mandats der EU-Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes (EU-BAM), gewährleistet werden solle. Die Hamas wird aufgefordert, unverzüglich alle Angriffe auf Israel zu stoppen. Das Europäische Parlament plädiert zudem für die Freilassung des Unteroffiziers, Gilad Shalit, der 2006 von der Hamas entführt wurde und seitdem ohne Kontakt zur Außenwelt in Gaza festgehalten wird.

Der EU-Israel-Assoziationsrat und der Gemeinsame Ausschuss der EU-Palästinensischen Autonomiebehörde sollen einberufen werden, um die gegenwärtige Lage der Krise im Nahen Osten zu erörtern, so die Abgeordneten.

Obwohl die jüngsten Ereignisse die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel beschädigt haben, bestärkt das Europäische Parlament die türkische Regierung darin, sich auf ihre diplomatischen und politischen Anstrengungen, die Notlage des palästinensischen Volkes zu lindern, und auch auf ihren Beitrag zum Nahost-Friedensprozess zu konzentrieren.

Die Entschließung wurde mit 470 Ja-Stimmen, 56 Ablehnungen und 56 Enthaltungen angenommen.